

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Ausleger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint wochentlich, Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die Rubenspostkarte 10 Pfennige für Anzeigen aus Aue und Umgebung 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Postkarte 10 Goldpfennige, amtliche Zeile 35 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1098

Nr. 237

Freitag, den 10. Oktober 1924

19. Jahrgang

Macdonalds Niederlage im Unterhause.

London, 8. Oktober. Die Regierung ist gestürzt. Nachdem der konservative Tadelantrag mit 359 gegen 198 Stimmen abgelehnt worden war, wurde der liberale Antrag, der eine Untersuchung fordert, mit 364 gegen 198 Stimmen angenommen.

London, 9. Okt. Die Blätter erwarten nach der gestrigen Niederlage allgemeine Neuwahlen. Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Macdonald werde heute den König um die Auflösung des Parlaments ersuchen.

Macdonald zur Parlamentsauflösung ermächtigt.

London, 8. Okt. Der König hat Macdonald telegraphisch seine Zustimmung zur Parlamentsauflösung erteilt, wenn die Regierung im Unterhause eine Niederlage erleidet.

London, 8. Okt. Nach einer Neutermeldung scheint die Auflösung des Unterhauses als Folge der Niederlage der Regierung unvermeidbar.

London, 8. Okt. Da Macdonald einsteht daß er den Widerstand der beiden anderen Parteien gegen seine Politik nur dann erfolgreich überwinden kann, wenn er im Unterhaus die Mehrheit hat, so wird er es vorziehen, das Parlament aufzulösen, um festzustellen, ob er für seine Politik eine absolute Mehrheit erhalten kann. Erhält er sie nicht so dürfte er auch dann, wenn die Arbeiterpartei aus den Neuwahlen ungeschwächt hervorgehen sollte, es vorziehen, die Stellung des Führers einer wachsenden und sehr starken Opposition einzunehmen, statt ferner Haupt einer Minderheitsregierung zu sein die in jeder Beziehung, auf außenpolitischem als auch auf wirtschaftlichem Gebiete gehindert ist, die aktuellen Aufgaben nach ihren eigenen Grundrissen lösen zu können.

London, 8. Okt. Der Ministerpräsident erklärte im Unterhaus, daß, wenn das Haus dem konservativen oder dem liberalen Antrag zustimme, die Regierung gehen würde. Das würde das Ende einer Regierung sein die dem Lande viel Ehre gebracht habe. Kurz darauf, aber würde die Regierung wieder zu Amte kommen.

händler bei ihren Besprechungen mit dem Reichskanzler Marx und beschloß, der Fraktionsführung vorzuschlagen, daß die von den Unterhändlern eingeschlagene Taktik auch weiterhin verfolgt werden soll. Die Fraktion tritt, falls nicht die Volksgemeinschaft zustandekommt, für die Auflösung des Reichstages ein und bekämpft auf das energischste die Bildung eines Bürgerbundes.

Berlin, 8. Okt. Die Sitzungen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei dauerten um 1/2 Uhr abends noch fort. Was die Antwort auf die Richtlinien des Reichskanzlers anbelangt, so äußerten sich amtliche Kreise der in Frage kommenden Parteien zustimmend.

Berlin, 8. Okt. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet hat Reichskanzler Marx die Führer der Regierungsparteien zu einer erneuten Besprechung auf Donnerstag vormittag 10 Uhr geladen, um mit ihnen das Ergebnis der Fraktionsberatungen zu erörtern. Am Donnerstag wird die Zentrumspartei ebenfalls zu Beratungen um 10 Uhr, die Demokraten um 2 Uhr und die Deutsche Volkspartei um 4 Uhr zusammentreten.

Berlin, 9. Okt. Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Brief des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an den Reichskanzler, der sich eingehend mit den vom Reichskanzler aufgestellten Richtlinien beschäftigt. In dem Abfah über die Richtlinien zum Schutz der Reichsverfassung sei das Wort Republik vermieden worden. Da der Führer der Mehrheit der deutschnationalen Fraktion Schlangenschnitten vor kurzem noch die Rückkehr der Monarchie öffentlich propagiert habe, müsse nach Auffassung der sozialdemokratischen Partei jede Partei die in die Reichsregierung einbezogen werden wolle, in der Frage der Staatsform einer ganz unabweislichen Fassung des Regierungsprogramms zustimmen. Hinsichtlich der Außenpolitik komme es nach Ansicht der Sozialdemokratie darauf an, vor aller Welt klarzustellen, daß sich die Reichsregierung auf die Fortführung der bisherigen Außenpolitik des Kabinetts Marx festlege. Die sozialdemokratische Fraktion nehme an, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund so schnell wie möglich erfolgen werde. Das Programm der Reichsregierung müsse ferner die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag enthalten. Hinsichtlich der Steuer-, Handels- und Wirtschaftspolitik werde in dem Briefe bemerkt, daß die zum Schutz der menschlichen Arbeitskraft und zur Hebung der Konsumkraft der breiten Volksmassen zu treffenden Maßnahmen vor Abfassung der Regierungserklärung genauer Feststellung bedürfen. Der Brief schließt mit dem Ausdruck der Überzeugung, daß sich die sozialdemokratischen Wünsche im Rahmen des Programms des Reichskanzlers erfüllen lassen. Die sozialdemokratischen Unterhändler ständen zu Besprechungen zur Verfügung.

Friedrichshafen, 9. Okt. J. N. 3 ist heute früh 8.25 Uhr im Besitze einer großen Menschenmenge bei klarem Wetter zu seiner letzten Probefahrt aufgestiegen. Das Luftschiff nahm den Kurs auf Pöndau. Die Fahrtdauer ist bis zu zwei Stunden vorgesehen.

Vereinigte Staaten von Europa.

Der internationale Friedenskongress in Berlin hat dem Grafen Coudenhove-Kaleni Gelegenheit geboten seine Ideen über die Vereinigten Staaten von Europa vor einem großen und von vornherein nicht ganz ungünstig gestimmten Forum zu entwickeln. Graf Coudenhove genügt bekanntlich der Völkerbund nicht zur Sicherung des internationalen Friedens. Er ist ihm zu zentralistisch und er hat deshalb eine Art föderalistisches System für die Gliederung des Völkerbundes empfohlen. Er ist der Auffassung, daß die Staaten der Welt in verschiedene Gruppen zerfallen, von denen jede ihre besonderen Probleme hat, die sich nicht mehr auf nationaler Grundlage, aber auch noch nicht auf internationaler lösen lassen. Diese Gruppen sind das britische Weltreich, Amerika, Ostafrika, der europäische Kontinent mit Ausschluß Rußlands und schließlich die Sowjetrepublik. Nur wenn der Völkerbund in diese Untergruppen aufgeteilt wird, kann er nach Auffassung Coudenhoves auch die Vereinigten Staaten von Amerika und Rußland zum Anschluß bringen. Jeder dieser Gruppen soll es überlassen bleiben, die ihr eigentümlichen Fragen in sich zu erledigen. Für Europa fordert er den stufenweisen Abbau der heutigen Grenzen in strategischer wirtschaftlicher und nationaler Hinsicht. Die strategischen Grenzen sollen beseitigt werden durch einen paneuropäischen Garantiepakt, die wirtschaftlichen durch paneuropäischen Freihandel und die nationalen durch paneuropäischen Minderheitenschutz. Es war recht bemerkenswert, daß diese Ideen auf dem Friedenskongress keineswegs ungeteilten Beifall fanden. Insbesondere

Stellung der Parteien zur Regierungsfrage.

Der Wortlaut der Richtlinien.

Berlin, 8. Okt. Die Richtlinien, die der Reichskanzler den Fraktionen des Reichstages übermittelte, lauten:

1. Die Verfassung vom 11. August 1919 wird als rechtsverbindliche Grundlage des staatlichen Lebens anerkannt. Jeder Versuch, ihre Abänderung auf ungesetzliche, insbesondere gewaltsame Weise herbeizuführen, wird demgemäß als Hochverrat zu verfolgen und zu bestrafen sein.
2. Die Richtung der Außenpolitik wird in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt. Die auf Grund dieser Abmachungen erlassenen Reichsgesetze sind loyal auszuführen, ebenso wie die lokale Durchführung des Dawes-Abkommens von unseren Vertragspartnern erwartet. Die Regierung wird es sich anlegen lassen, die Auswirkung der übernommenen Verpflichtungen aufs sorgfältigste zu überwachen und die sich als notwendig erweisenden Abänderungen zu erreichen. Die Aufnahme in den Völkerbund soll nach der im deutschen Memorandum niedergelegten Auffassung erstrebt werden.
3. Bei der Lastenverteilung in der Ausführung der bezeichneten Gesetze sollen die Maßstäbe der Wirtschaftsförderung und der sozialen Gerechtigkeit angewandt werden. Die bestehenden Finanzgesetze sollen nach diesen Gesichtspunkten durchgearbeitet werden.
4. Als eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung wird es betrachtet, die sozialen Leistungen dem Bedürfnis entsprechend zu steigern, sobald die finanzielle Lage des Reiches es irgendwie zuläßt.
5. Wirtschaftspolitisch wird mögliche Steigerung der Produktion und des Nutzungsgrades der Arbeit angestrebt werden, um die internationale Kredit- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern, wie sie insbesondere auch unter dem Gesichtspunkte der Reparationsbelastung unerläßlich ist. Ausgehend vom Grundgesetz der wirtschaftlichen Freiheit werden staatliche Eingriffe nur so weit in Betracht kommen, als sie notwendig erscheinen, um eine wirtschaftsschädliche Unterdrückung der Wirtschaftsfreiheit von anderer Seite abzuwehren. Bei Lösung der bevorstehenden außenhandelspolitischen Aufgaben wird mit der Stärkung der inländischen Produktion gleichzeitig auf die möglichste Förderung der Ausfuhr auf dem Boden von Gegenseitigkeit und Meistbegünstigung und die tüchtigste Schonung des Verbrauchs hingearbeitet werden.

Die Richtlinien des Reichskanzlers sind wie man aus dem Wortlaut ersieht, sehr allgemein gehalten; sie sollen ja auch nur die Basis für die Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und den Parteien bilden. Es wird Sache der Parteien sein, wenn zunächst eine prinzipielle Einigung auf der Grundlage einer Koalition der Volksgemeinschaft erreicht werden sollte — man weiß daß die Deutschnationalen prinzipiell gegen diesen Gedanken sind und ihn zum Scheitern bringen wollen — für eine etwaige Regierungserklärung präzisere und vertieftere Formulierungen zu verlangen. In den Richtlinien vermißt man zum Beispiel das Wort „Republik“. Es ist überflüssig — das muß man bei der ganzen politischen Einstellung des Reichskanzlers annehmen — nicht mit Absicht fortgelassen worden. Man wird wünschen müssen, daß es in einer etwaigen künftigen Regierungserklärung aufgenommen wird, und daß auch da von dem

Schutz des Hoheitszeichens der deutschen Republik gesprochen wird und Sicherungen geschaffen werden, nicht nur gegen eine ungesetzliche oder gar gewaltsame Verletzung der Weimarer Verfassung, sondern auch gegen den Versuch, mit „verfassungsmäßigen“ Mitteln das Parlament auszuschalten. Man weiß, wie häufig und ernsthaft die Deutschnationalen den Gedanken eines „trockenen Putsch“ erwogen haben. Auch diese Möglichkeit muß ausgeschaltet werden.

Die Verteilung der inneren Lasten kann nur unter Schonung der wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsschichten in den Städten und auf dem flachen Lande vorgenommen werden. Das müßte in einer etwaigen Regierungserklärung eines Kabinetts, das sich auf eine Volksgemeinschaft stützt, ausdrücklich gesagt werden.

In bezug auf die Außenpolitik wird man ebenfalls genauere Formulierungen erstreben müssen. Es genügt nicht, daß die Londoner Abmachungen als Grundlage der künftigen äußeren Politik anerkannt werden. Die Mittelparteien müssen entscheidenden Wert darauf legen, daß Klipp und Klar ausgesprochen wird: Der außenpolitische Kurs des Kabinetts Marx-Stresemann muß unverändert fortgeführt werden. Das wären die wichtigsten Punkte auf die zunächst hingewiesen sei. Aber soweit, daß über den Inhalt einer Regierungserklärung diskutiert werden könnte ist man ja noch lange nicht.

Die Entschließungen der Demokraten und des Zentrums.

Berlin, 8. Okt. Heute ist der Tag der Fraktionen. Im Reichstag traten die Demokraten und das Zentrum zusammen.

Die Fraktionsführung der Demokraten dauerte bis gegen 5 Uhr nachmittags. Einmütig wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Fraktion der deutschen demokratischen Partei hält eine Veränderung der Regierung in der jetzigen politischen Lage nicht für erwünscht. Die Lösung wichtiger Aufgaben, deren Bearbeitung von der Regierung eingeleitet ist, und das Bedürfnis von Volk und Wirtschaft nach ruhiger Weiterentwicklung erfordern zurzeit die Vermeidung einer Regierungskrise. Sollte eine Veränderung der Zusammensetzung der Regierung durch die Haltung anderer Fraktionen sich nicht vermeiden lassen dann würden wir gemäß dem Vorschlage des Kanzlers einer nach rechts und links erweiterten Regierung unsere Unterstützung nicht verweigern.“

Das Zentrum ist schneller zu einer Entschließung gekommen, in der es zum Schluß heißt: „Die Zentrumspartei unterstützt sehr nachdrücklich die Bemühungen des Reichskanzlers Marx, die bestehende Koalition durch Hinzuziehung aller zu aufbauender Mitarbeit bereiten Parteien von rechts und links zu verbreitern und dadurch eine starke gesicherte Regierung zu schaffen. Die Zentrumspartei erwartet von der vaterländischen Gesinnung und der Staatsverantwortung aller zur Mitarbeit berufenen Parteien bestimmt, daß sie sich unter Zurückstellung jeglicher Parteinteressen der dem Volksganzen dienenden Arbeitsgemeinschaft zum Wiederaufbau des Vaterlandes anschließen.“

Gegen Mittag verammelte sich im Reichstag der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion, um die Fraktionsführung vorzubereiten, die um 2 1/2 Uhr beginnen sollte. Der Vorstand billigte das Verhalten der Unter-

EL
aren
izt 35
izt 85
eint. 1.25
orm 1.65
orm 40
aren
hig 25
hig 25
. 10
. 65
95
95
Aue
y-Darsteller
ken
po, Hand-
wünschen
et in Ari-
dietet den
ichen und
ne.
erd Tony
eistungen.
entlang
er uner-
ber die
nyon in
den Film
nsfilme
äste
der
ptrolle.
9 Uhr,
Kinder-
tragen
preiswert
Hilberstr 6
7
gut erhält.
zu best.
Str. 3, II.
en
Reinauto,
zum Auf-
heben,
4279 an
erbeten.
ine